

Ergänzung zu den regionalen Strukturen

Die regionalen Strukturen in der landwirtschaftlichen Grundbildung bieten Chancen für die folgenden betroffenen Gruppen:

1. Die Lernenden

- Kürzere Anfahrtswege. Die Lernenden können mit ihren eigenen Verkehrsmitteln in die Berufsschule und sparen Kosten in der Grössenordnung von einem Monatslohn pro Jahr.
- Praxisbezogener Unterricht durch die Mitarbeit von Lehrbetrieben in den Grundlagenfächern der ersten zwei Lehrjahren. Z.B. Bio , IP Suisse, konventionell.
- An den Schulstandorten Waldhof und Bäregg und Schwand steht die gleichen Infrastruktur zur Verfügung wie an den Standorten Rütli und Hondrich.
- Verbesserte Beziehungen zu den Lehrpersonen infolge kleinerer Unterrichtsteams an den Standorten.
- In den Fachrichtungen stehen professionell geführte Betriebe als Anschauungsunterricht zur Verfügung.

2. Die Lehrmeister

- Durch die dezentralen Ausbildungsstandorte sind die Chancen für alle Lehrbetriebe gleich gross, Lernende in allen drei Bildungsjahren auszubilden.
- Die bessere Begleitung der Lernenden im Ausbildungsprozess führt zu einer höheren Teilnahme am freiwilligen zweiten EFZ.
- Durch die Unterteilung der ca. 500 Lehrbetriebe an die dezentralen Schulstandorte erhält der einzelne Lehrbetrieb mehr Möglichkeiten sich im Ausbildungsprozess einzubringen.

3. Die Lehrpersonen

- An den dezentralen Standorten bilden sich Lehrerteams die eng zusammenarbeiten und sich mit den Betriebsberatungen austauschen können.
- Durch die Nähe zu den Lehrbetrieben wird das Lernumfeld auch für die Lehrpersonen attraktiver.
- Es gibt keine Wanderlehrer, die im ersten und zweiten Bildungsjahr an den Standorten Waldhof und Bäregg ohne entsprechende Infrastruktur Unterricht erteilen müssen.
- In vielen Fällen würden auch die Anfahrtswege für die Lehrpersonen kürzer.

4. Der Kanton Bern

- Durch die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur an den dezentralen Standorten für die landwirtschaftlichen Grundbildung kommt der Kanton der Verpflichtung zur Unterstützung und Stärkung der Regionen nach.
- Die Verschiebung der Grundbildung in die Regionen führt zu einer erheblichen Minderung des CO₂ Ausstosses, weniger Verkehrsaufkommen und tieferen Verbrauch von grauer Energie durch Einsparung von neuen Gebäudekomplexen.
- Durch das Bildungsangebot in den Regionen kann die Anzahl der Lernenden und damit die Anzahl der Hofnachfolger erhöht werden.

- Im Interkantonalen Vergleich würden sich die dezentralen bernischen Bildungs und Beratungszentren grössenmässig optimal in die übrigen ausserkantonalen Bildungszentren einordnen, was für weitere Entwicklungsschritte in der schweizerischen landwirtschaftlichen Bildung von Vorteil wäre.
- Für die Alp- und Berglandwirtschaft hat der Standort Hondrich eine wichtige Funktion. Ebenso braucht es für die biologisch wirtschaftenden Betriebe einen Standort. Aus Sicht der vorhandenen Infrastrukturen und Rahmenbedingungen kommt im Kanton Bern nur die bisherige Bioschule am Schwand in Frage.

Allgemeine Überlegungen zur geplanten Umsetzung der Inforamastrategie in der Landwirtschaft im Kanton Bern.

Vor ca. sieben Jahren wurde die Ausarbeitung einer Strategie zur landwirtschaftlichen Grundbildung im Kanton Bern eröffnet. Der Zeithorizont bis zur Umsetzung reicht in verschiedenen Etappen bis ins Jahr 2035. Damit eine, den gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechende Planung erfolgen kann, bräuchte es eine rollende Planung.

Die Bedürfnisse der neuen Bildungsverordnung sind nicht in die Planung einbezogen worden. Die Bildungsverordnung welche Fachrichtungen vorsieht, beeinflusst die Strategie stark, da sie das räumliche Angebot, sowie die Anzahl Lernende und Lehrbetriebe verändern wird.

Die Themen der Umweltbelastungen und Klimaveränderungen können so nicht mit der nötigen Sensibilität berücksichtigt werden. Die Landwirtschaft wird durch die veränderten klimatischen Verhältnisse extrem belastet werden und eine Reduktion der Belastungen muss im ureigensten Interesse der Branche sein.

Mit der zunehmenden Digitalisierung in der landwirtschaftlichen Ausbildung braucht es weniger Räumlichkeiten mit aufwändiger grossflächiger Infrastruktur. Vielmehr braucht es dezentrale Begegnungsorte, die einen Austausch von Gleichgesinnten sicherstellt.

Der Kanton Bern hat nicht genügend finanzielle Mittel, um neue Leuchtturmprojekte zu finanzieren und die schlecht genutzten Gebäudekomplexe in den Regionen auch noch zu unterhalten.

Die neue Bildungsverordnung eröffnet Chancen für die Unterrichtsgestaltung

Bei der Umsetzung der neuen Bildungsverordnung gilt es die Schwachstellen des bisherigen Systems auszumerzen und neue erfolgsversprechende Elemente einzubauen. Leider wurde die Meinung der Lernenden und der Lehrbetriebe in der Inforamastrategie nicht analysiert und auch nicht berücksichtigt.

Der Ausbildungsprozess in der Grundbildung soll geprägt sein von praktischen Erfahrungen und praktischem Arbeiten. Viele der Lernenden erfassen auf diese Weise den Ausbildungsstoff schneller und einfacher. Theoretische Unterrichtsblöcke von acht oder neuen Lektionen, wie sie am Inforama angeboten werden, können sie nur schlecht nutzen. Mit der neuen Bildungsverordnung ergibt sich die Chance mit dem Einbezug von Praxisbeispielen den Unterricht zu verbessern.

Der Unterricht im dritten und vierten Bildungsjahr mit den Fachrichtungen könnte in Zusammenarbeit mit Beispielsbetrieben aktuell und der schnellen Entwicklung in der Landwirtschaft folgend, unterrichtet werden. Kostenmässig würden nur die effektiven Aufwendungen anfallen und keine Leistungsvereinbarungen, die dann nicht abgeholt werden.

Das System der Beispielsbetriebe für den Unterricht, würde es auch erübrigen, dass die Lehrbetriebe nach Fachrichtungen eingeteilt werden müssten. Die Gründe nach welchen Kriterien sich die Lernenden ihre Ausbildungsbetriebe aussuchen sind so vielfältig und verschieden, dass zusätzliche Kriterien den Bildungsprozess erschweren würden.

Durch die dezentralen Ausbildungsorte könnten die Lehrpersonen mit ihrem Wissen wieder vermehrt in die Abschlussprüfungen einbezogen werden, da sie als Experten an anderen Bildungsstandorten eingesetzt werden könnten.

Dank der engen Zusammenarbeit der dezentralen Regionen mit den Lehrmeistern, welche die Lehrverträge mit den Lernenden abgeschlossen haben, könnte die Berufsschule ein Interventionskonzept für Schüler mit ungenügender Leistungsbereitschaft ausarbeiten und zielführend umsetzen.